

Hauptabteilung III
Leiter

Berlin, 23. Januar 1984
mä-fau/ 284 /84

Genossen Minister

Entsprechend Ihrer Weisung überreiche ich Ihnen als Anlage den
"Varianten- und Stufenplan zum weiteren Vorgehen gegen den Sender
'Roter Stachel'"

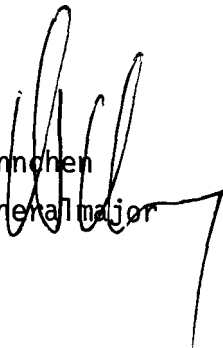
mit der Bitte um Kenntnisnahme und Entscheidung.

Die Protestmaßnahmen sind mit Genossen Staatssekretär Dr. Calov
abgestimmt, finden seine Zustimmung und Unterstützung.

Eine Abstimmung mit Genossen Generalmajor Zukunft (nur
Protestmaßnahmen) erfolgte ebenfalls.

Um vor dem nächsten Sendetermin (6. 2. 1984) noch wirksam sein zu
können, wäre vorrangig eine Entscheidung über den Protest erforderlich.

Männchen
Generalmajor



Berlin, 23. Januar 1984 mä-fau/ 284

Streng geheim

Varianten- und Stufenplan zum weiteren Vorgehen gegen den
Sender "Roter Stachel"

Mit dem Ziel, die Sendetätigkeit des Senders "Roter Stachel" zu beenden, wird ein weiteres Vorgehen in mehreren Etappen bzw. Stufen vorgeschlagen. Die in den einzelnen Stufen durchzuführenden Maßnahmen werden zur Realisierung vorbereitet und in Abhängigkeit vom jeweils erreichten Ergebnis dem Genossen Minister zur Entscheidung vorgeschlagen.

Als Termine für Entscheidungsvorschläge dienen die bekannten Sendetermine des Senders (erster Montag im Monat) und die dabei erreichten bzw. erkennbaren Resultate.

1. Etappe:

Das Ziel der 1. Etappe besteht darin, die Westberliner Behörden zu veranlassen, auf der Basis des -internationalen Funk- und Fernmelderechts, des -in Westberlin geltenden Funkrechts und der zwischen Westberlin und der DDR geltenden Vereinbarungen aktiv gegen den Sender vorzugehen und dessen Tätigkeit zu beenden.

Die Methode, die Westberliner Behörden zu aktiven Maßnahmen gegen den Sender zu veranlassen, besteht im energischen Protest gegen dessen Tätigkeit durch das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR als dem Träger der Funkhoheit der DDR.

Prinzipiell können mehrere Formen des Protests Anwendung finden. Dabei kann die Anwendung sowohl in Etappen (zeitlich versetzt in Abhängigkeit von der Reaktion und den realen Ergebnissen der Westberliner Behörden) als auch parallel erfolgen.

Folgende Formen des Protestes könnten angewendet werden:

a) mündliche Information des Delegationsleiters des

Bundespostministeriums der BRD auf der gegenwärtig in Genf stattfindenden -internationalen Funkkonferenz (Kurzwele) durch den Delegationsleiter des MPF der DDR.

- b) schriftlicher Protest über das MfAA der DDR und über die Ständige Vertretung in Bonn beim Bundespostministerium.
- c) schriftlicher Protest des MPF der DDR bei der Senatskanzlei Westberlins.
- d) schriftlicher Protest des MPF der DDR bei der Landespostdirektion Westberlins.

Aufgrund des Status Westberlins, unseres Rechtsstandpunktes und bisher üblicher Verfahrensweisen bei der Beseitigung von Funkstörungen wird in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär, Genossen Dr. Calov, vorgeschlagen, einen parallelen Protest des MPF der DDR an die Senatskanzlei und die Landespostdirektion Westberlins zu richten, der noch vor dem 6. 2. 1984 (nächster planmäßiger Sendetermin) dort eingehen soll.

Der Protest wird sinngemäß enthalten:

- seit Mitte 1983 arbeitet vom Gebiet Westberlins aus ein Sender im UKW-Rundfunkbereich, der in seiner Ansage vorgibt, vom Gebiet der DDR aus zu senden
- der Sender benutzt die nicht für den UKW-Rundfunk -in Westberlin mit der DDR koordinierte Frequenz 101,0 MHz
- der Sender sendet in der Regel montags in den Abendstunden (21.30 Uhr)
- nach eindeutigen Messungen der Organe des MPF befindet sich der Sender auf dem Gebiet Westberlins im Stadtbezirk Wedding
- die verantwortlichen Organe Westberlins werden energisch aufgefordert, diesen die Zusammenarbeit auch die anderen Gebiete des Post- und Fernmeldewesens belastenden Zustand unverzüglich zu verändern und die Ordnungsmäßigkeit herzustellen.

Nach prinzipieller Zustimmung durch Genossen Minister wird der Wortlaut des Protestes nochmals zur Abstimmung vorgelegt.

2. Etappe:

In der 2. Etappe - nach der Sendung am 6. 2. 1984 - werden auf dem -in der 1. Etappe verwendeten Protestwege als "Unterstützung der Maßnahmen des Funkkontrolldienstes" Detailangaben zum konkreten Senderstandort

übermittelt.

Mit dieser Maßnahme soll der Westberliner Seite demonstriert werden, daß

- die Organe der Funkkontrolle der DDR diesen Sender kontrollieren und mit funktechnischen Mitteln ständig beobachten
- es der Seite der DDR sehr ernst um den Protest und um die Herstellung der Ordnung im Äther ist.

Es wäre zu entscheiden, ob in der zweiten Etappe den Westberliner Organen vorgeschlagen wird, sich zu äußern, ob sie bei der Suche nach dem Sender Unterstützung des MPF der DDR benötigen bzw. in welcher Form sie Unterstützung erwarten.

3. Etappe:

Für die Möglichkeit, daß durch die Westberliner Behörden keine Maßnahmen zur Beendigung der Sendungen realisiert werden, ist die physische Vernichtung vorzubereiten.

Da Maßnahmen unter Nutzung von Strahlung wegen Fehlen der "direkten Sicht" vom Gebiet der DDR aus nicht möglich sind, wird vorgeschlagen, die physische Vernichtung unter Verwendung einer verkontainerten, funkferngesteuerten Sprengladung vorzubereiten.

Die funkferngesteuerte Sprengladung muß in unmittelbarer Sendernähe (im gleichen Raum) in einem Kontainer untergebracht werden, der in diesem Raum nicht auffällt. Dazu ist eine Aufklärung und Erkundung "vor Ort" erforderlich. Diese Erkundung ist auch notwendig, um die Masse des Sprengstoffes zu bestimmen.

Es werden folgende Einzelmaßnahmen vorgeschlagen:

1. Die Aufklärung "vor Ort" wird durch IM der HA III auf der Basis der eigenen Ortungsergebnisse und der vom Westberliner Funkkontrolldienst abgeschöpften Ergebnisse durchgeführt. Der Zeitpunkt der Aufklärung wird gesondert vorgeschlagen. Zur Bestimmung des günstigsten Zeitpunktes erfolgt eine Funkbeobachtung der Aktivitäten der Westberliner Organe (Staatsschutz, Polizei, Verfassungsschutz, Funkkontrolldienst) und eine Analyse deren evtl. erreichten Ergebnisse.
2. Der Kontainer mit der Ladung und dem Steuer-Empfänger wird in der HA III hergestellt. **Es werden ausschließlich Bauelemente verwendet, die in Westberlin handels- und verwendungsüblich sind.**

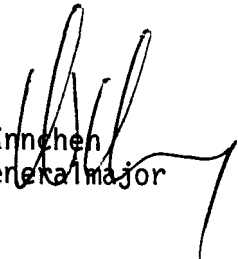
Zu entscheiden wäre die Art und Weise der Zündungsauslösung. Sie

könnte ausgelöst werden

- durch den Sender "Roter Stachel", sowie er mit der Abstrahlung beginnt
- durch einen Steuerungspuls (kurzer als 0,5 sec.) vom Gebiet der DDR aus. Weitere Maßnahmen:

1. Während des gesamten Zeitraumes - vom Beginn der ersten Protestaktion an - werden die Verbindungen und Aktivitäten der Westberliner Organe mit den spezifischen Mitteln der HA III unter gezielter Kontrolle gehalten und ständig analysiert. Ebenso unter gezielter Kontrolle gehalten werden die Telefonverbindungen der bekannten "Aktivsten" des Senders und der ihn tragenden Organisation.
2. Der Vorschlag zur Auslösung von Aktivitäten dieses Variantenplanes erfolgt im Ergebnis der erlangten Informationen zu Aktivitäten und Resultaten des Gegners.

Grundsätzlich ist spätestens vier Tage nach jeder Sendung eine Analyse der Ergebnisse anzufertigen und dem Genossen Minister mit Vorschlägen für weitere Maßnahmen vorzulegen.


Männchen
Generalmajor